

### LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN!



Ihr haltet das letzte Kreisinfo vor der Weihnachtspause in den Händen. Ihr werdet beim Lesen sehen, dass wir das vergangene Jahr genutzt haben: Die SPD steht gut da – im Bund, im Land und im Kreis.

Auch wenn das Medieninteresse in den letzten Wochen eher der Frage gegolten hat, wer unser nächster Kanzlerkandidat sein wird, so ist doch etwas anderes viel wichtiger: Auf dem Bundesparteitag in Berlin gab es in erster Linie eben nicht die Spitzenkandidaten-Casting-Show, sondern wichtige und ernsthafte Debatten und Beschlüsse über die zukünftige Steuer- und Finanzpolitik, über den Wert der Arbeit und die Lebensqualität im Alter, über die Bildungspolitik und nicht zuletzt darüber, wie wir unsere Partei reformieren wollen, damit wieder mehr Bürgerinnen und Bürger sich mit uns und bei uns engagieren.

Mit den am Ende herausgekommenen Beschlüssen muss nicht jede und jeder zu 100 Prozent zufrieden sein, aber die allermeisten können sich guten Gewissens dahinter versammeln. Und wer genau beobachtet, mit welcher Begeisterung sich die FDP derzeit in Berlin zerlegt, der wird feststellen, dass es höchste Eisenbahn wurde, dass wir für inhaltliche Klarheit sorgen und jederzeit bereit sind die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Die SPD ist dafür gut gerüstet und kann – um doch noch einmal

auf die Personalfrage zu kommen – jederzeit einen Kanzlerkandidaten benennen, der es besser machen wird, als die orientierungslose Kanzlerin.

Ebenfalls gut gerüstet gehen wir in den Wahlkampf für die Landtagswahl am 6. Mai. Der Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur, die Bürgerforen, der Bürgerparteitag, die Regierungsprogramm-Debatte: In der schleswig-holsteinischen SPD geht es transparent, diskussionsfreudig und konstruktiv zu.

Wenn Anfang Januar die Weihnachtsferien zu Ende sind, geht es Schlag auf Schlag und mit Riesenschritten kommt der Landtagswahlkampf näher. Bereits Mitte Januar sind die Ortsvereine gefordert: Bis zum 15. Januar brauchen wir die Meldungen, welche Wahlkampfmaterialien vor Ort benötigt werden. Bitte helft mit, dass Eva Dreger auf einer soliden Zahlenbasis für den Kreisverband bestellen kann.

Am 28. Januar treffen wir uns zu unserem traditionellen Jahresempfang des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Kreistagsfraktion. Die Einladungen gehen in den nächsten Tagen raus. Und am Wochenende darauf legen wir auf einem Landesparteitag und einer Landeswahlkonferenz unser Regierungsprogramm fest und stellen die Liste für die Landtagswahl auf.

Bis dahin wünsche ich Euch schöne Festtage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Euer



Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2011 geht zu Ende und im Namen der KREIS-INFO-Redaktion möchte ich Euch und Euren Familien eine schöne Adventszeit, erholsame Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünschen!

In dieser Dezember-Ausgabe des KREIS-INFO berichten wir über die zentralen Parteiveranstaltungen der vergangenen Wochen - Kreisparteitag, Kreisparteiausschuss, Bundesparteitag. Ihr merkt: Unsere Partei ist in Bewegung!

Herzlich gratulieren möchte ich auch unserem Bordesholmer Genossen Ralf Stegner, der bereits im ersten Wahlgang auf dem Bundesparteitag in Berlin erneut in den Bundesvorstand gewählt wurde. Schön, dass wir mit Dir, lieber Ralf, dort weiterhin gut vertreten sind.

Gemeinsam mit Serpil, Kai und Ralf wartet auf uns nun der Landtagswahlkampf. Wir freuen uns auf eine engagierte Zeit und tolle Feiern am 6. Mai!

Solidarische Grüße, für die Redaktion,  
Euer Götze

### **SPD-KREIS-INFO**

Herausgeber / Verantwortlich für den Inhalt:

SPD-Kreisverband  
Rendsburg-Eckernförde  
Nienstadtstraße 10  
24768 Rendsburg  
Sönke Rix, Götze Borchert

Redaktion: Götze Borchert, Moritz Deutschmann, Andreas Fleck, Jürgen Strack, Manfred Tank

## ERFOLGREICHER ARBEITSPARTEITAG



Auf dem außerordentlichen Kreisparteitag am 19. November in Rendsburg hatte der Kreisvorstand sich vorgenommen, neben den üblichen Antragsberatungen zum Landtagswahlprogramm die Delegierten in die inhaltliche Arbeit einzubeziehen. Zu diesem Zweck wurde in drei Workshops über die digitale Gesellschaft, Pflege im ländlichen Raum und den Landtagswahlkampf 2012 diskutiert. Zum Thema Pflege konnten interessierte TeilnehmerInnen eine CD mit umfangreichem Informationsmaterial für die Arbeit vor Ort mitnehmen. Weitere Exemplare können im Kreisbüro bestellt werden. Das Forum Digitale Gesellschaft präsentiert als Ergebnis einen Änderungsantrag zum Regierungsprogramm für die kommende Landtagswahl.

Zu den Beschlüssen des Parteitags zählte ein umfassender Antrag zum Thema Energiepolitik, den ein Arbeitskreis unter Leitung von Kreisvorstandsmitglied Götz Borchert erarbeitet hatte. „Eine sozialdemokratische Energiepolitik hat den Anspruch Ökologie, Ökonomie und

sozio-kulturelle Aspekte miteinander in Einklang zu bringen“, erklärte Borchert bei der Einbringung des Antrages.

Die Delegierten verabschiedeten einen sozialpolitischen Leitantrag des Kreisvorstandes mit konkreten Vorschlägen zu Wohnen im Alter, Betreuung und Pflege. Die vielfältigen Maßnahmen sollen dazu beitragen, Schleswig-Holstein und vor allem den ländlichen Raum „demografiefest“ weiterzuentwickeln.



Ein weiterer Antrag befasste sich mit der Situation der Fachkräfte in den Pflegeberufen. Ausdrücklich machte sich der SPD-Parteitag zum Anwalt der Pflegekräfte im Land und forderte einstimmig von der Bundesregierung, vor allem aber von den Arbeitgebern in Diensten und Einrichtungen ein ganzes Bündel konsequenter Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Auf Initiative des Kreisvorstandes wurden Anträge über die Ablehnung von Giga-Linern und das Festhalten am Konzept der StadtRegionalBahn beschlos-

sen. „Wir brauchen eine zukunftsfähige, nachhaltige Verkehrspolitik, weg von Individualmobilität“, so Kreisvorstandsmitglied Jürgen Strack aus Neuwittendebek.

Mit viel Rückenwind wurden auch die drei Landtagskandidaten ausgestattet. Unter langem Beifall wünschte der Kreisvorsitzende Sönke Rix Serpil Midyatli, Kai Dolgner und Ralf Stegner einen guten Start in den Landtagswahlkampf 2012. „Unsere drei Kandidaten werden unsere Positionen weiterhin gut vertreten. Unserem Kreisverband ist es wichtig, dass im Regierungsprogramm soziale Gerechtigkeit, Bekämpfung von Armut und Beteiligung der Menschen als Markenzeichen der SPD noch stärker herausgearbeitet werden.“



Die SPD Rendsburg-Eckernförde hat den Entwurf für eine Regierungsprogramm 2012 – 2017 abschließend bei einem Kreisparteiausschuss am 10. Dezember in Eckernförde umfassend diskutiert.

*Jürgen Strack  
Beisitzer im Kreisvorstand*

## INTENSIVER KPA RUNDET GELUNGENEN KPT AB



10.12.2011 um 10:00 Uhr in Eckernförde. Kalt, grau, Schnee oder ähnliches, aber die Motivation im Kreisverband stimmt.

In Rahmen einer gut besuchten Kreis-

parteiausschusssitzung bearbeiteten die Genossinnen und Genossen die offenen Anträge des letzten Parteitages. Nach drei Stunden hochkonzentrierter Arbeit und nach zum Teil sehr intensiver Diskussion waren alle Arbeitsaufträge, die dem KPA auferlegt worden waren, abgearbeitet.

Die Beratungen im KPA rundeten somit den letzten, sehr gelungenen Kreisparteitag ab.

Die Bereiche Bildung, demografische Entwicklung und Ökologie nahmen den

größten Teil der Beratungen in Anspruch.

Durch die abgeschlossene Antragsberatung sind unsere Mitglieder in der Programmkommission, Serpil und Elena, sowie Martin KD in der Antragskommission gut gerüstet für ihre Aufgaben. Und auch der Kreisvorstand kann sich mit eindeutigen Aussagen in die Programmdiskussion einbringen und Stellung beziehen.

Vielen Dank an alle, die ihren Samstagvormittag der Partei zur Verfügung gestellt haben.

*Martin Klimach-Dreger  
Vorsitzender des Kreisparteiausschusses*

## DER SPD-BUNDESPARTEITAG — EIN ERFOLG!

Sieben Mitglieder des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde waren beim Bundesparteitag als Delegierte dabei – viele weitere reisten als Gäste vom 4. bis zum 6. Dezember nach Berlin. Es hat sich gelohnt! Mit Anträgen und bei den Wahlen hat die SPD Schleswig-Holstein unter der Delegationsleitung von Sönke Rix einen ganz starken Beitrag zum Gelingen des Parteitages geleistet.

"Dieser Parteitag zeigt eine geschlossene SPD, die ihr Profil als Kraft für Demokratie und Gerechtigkeit in Deutschland und Europa schärfen konnte", zog der SPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete aus Bordesholm, Ralf Stegner, Bilanz. "Und wir Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein haben dabei kräftig mitgeholfen!"

Bereits am Vortag wurde Ralf Stegner wie von der Delegation erhofft und für viele überraschend bereits im ersten Wahlgang in den neuen Parteivorstand gewählt. Darüber freute sich auch Spitzenkandidat Torsten Albig: "Das ist eine Anerkennung für die gute Arbeit, die Ralf Stegner in Berlin für die SPD und Schleswig-Holstein leistet. Er ist einer der klügsten Köpfe, die unsere Partei hat!"

Inhaltlich konnte die Nord-SPD durchsetzen, dass das Kooperationsverbot in Bildungsfragen endlich aufgehoben werden soll. Diese Forderung hatte nicht zuletzt unser Kreisverband erhoben.

Im Bereich der Steuerpolitik konnte die SPD Schleswig-Holstein einem Vorschlag zustimmen, der auf Initiative der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis bereits 2004 ins Gespräch gekommen ist. Ralf Stegner hat mit einem einstimmig angenommenen Kompromissvorschlag bei der Gestaltung der Abgeltungsteuer einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Delegierten am Ende das Steuerkonzept ohne Gegenstimme beschlossen haben. Ein starkes Signal für eine Politik, die deutlich macht: Wer es mit Schuldenabbau ernst meint, in Bildung und Betreuung investieren will und dabei soziale Infrastruktur erhalten möchte, wird für ausreichend Steuereinnahmen sorgen müssen. Dabei



wird denen mit den starken Schultern auch ein stärkerer Beitrag abverlangt.

Die SPD hat sich auf diesem Bundesparteitag aber auch klar, als DIE Europapartei profiliert – Auftakt hierzu war nicht zuletzt die Rede des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Gemeinsam mit Reden von profilierten EUPolitikern wie Martin Schulz und internationalen Gästen wie dem norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg und dem Präsidentschaftskandidaten der französischen Sozialisten, Francois Hollande betonte er den internationalen Gedanken der sozialdemokratischen Vision (!).

*Götz Borchert*

*Schriftführer im Kreisvorstand*



# DIE FISCHEREI KANN NUR ÜBERLEBEN, WENN SIE NACHHALTIG BETRIEBEN WIRD — TORSTEN ALBIG BEI FISCHERN IN ECKERNFÖRDE



Abgeordneten Ulrike Rodust. Zuvor hatte er sich mit den Genossinnen und Genossen in der Geschäftsstelle in der Ottestraße über aktuelle politische Themen ausgetauscht.

Dabei wurde auch der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals angesprochen. Lorenz Marquardt gab zu bedenken, dass das ausgebagerte Sediment in der Ostsee ver-

bracht werden soll. Dadurch würde „ein gewaltiges Fanggebiet kaputt gemacht – auch für die Zukunft“. Trotzdem würde die Verbringung auf See derjenigen in Kiesgruben an Land vorgezogen – aus Kostengründen. Wenn schon auf See, dann sollte das Baggergut doch an alten Schüttstellen verklappt werden, schlug er vor, diese seien auch nach 100 Jahren noch deutlich zu erkennen. Die Wasserbehörde berücksichtige zwar FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Interessen der Marine, nicht aber die Fischerei. Diese „verliert Stück für Stück Gebiete“, klagte Marquardt, der auch Vorsitzender des Landesfischereiverbandes ist.

Die Zukunft der Fischerei war das Thema der Informations- und Gesprächsveranstaltung „Torsten Albig vor Ort“ in Eckernförde. Unser Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2012 nutzt diese Veranstaltungsreihe zum „Kennenlernen, Zuhören und Verstehen“. Auf einer Fahrt

te Torsten Albig in der anschließenden, von Martin Klimach-Dreger moderierten Diskussionsrunde in der Siegfried-Werft. „Was wäre Schleswig-Holstein ohne Fischerei, ohne Häfen? Es ist unvorstellbar, dass wir nur Aquakultur hätten“, so Albig. Lorenz Marquardt und Ulrike Rodust, die erst jüngst zur Berichterstatterin und federführenden Ansprechpartnerin seitens des Parlamentes für die Reform der EU-Fischereipolitik ernannt worden war, erläuterten ihre Standpunkte. Sie stimmten darin überein, dass Fischerei nachhaltig betrieben werden müsse.

„Die Fischer im Norden haben verstanden: Wenn die Ökologie nicht stimmt, haben wir keine Fische mehr in den Meeren. Die Spanier, Portugiesen und Franzosen dagegen denken nur ökonomisch“, sagte Ulrike Rodust. Lorenz Marquardt meinte, wenn sich alle Anrainerstaaten an die Vorgaben gehalten hätten, „wären wir besser davor“. Er habe bereits Managementpläne für einige Fischarten aufgebaut. Er stimmte mit Ulrike Rodust überein, dass Fangquoten nötig seien, lehnte jedoch eine Begrenzung auf eine bestimmte Anzahl von Fangtagen ab. Ulrike Rodust führte aus, was für eine Neuregelung angedacht ist: handelbare Quoten, allerdings mit einer Regelung, die einen Aufkauf der kleinen durch die große Fischerei verhindert.



mit Fischkutter Ecke 15 von Ole Marquardt hörte er sich die Sorgen eines typischen Küstenfischers an. Begleitet wurde Albig bei der Rundfahrt in der Eckernförder Bucht von Mitgliedern des Ortsvereinsvorstandes und der Fraktion sowie von der Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli und der Europa-

An Bord der Ecke 15 schilderte Ole Marquardt dem Spitzenkandidaten seinen Alltag und beschrieb den hohen bürokratischen Aufwand, den Fischer heute betreiben müssten. Er kritisierte, dass EU-Vorschriften wie Fangquoten und Fangtage die Fischer stark einschränkten. „Wenn ich rausfahre und nichts fange, ist damit trotzdem ein Fangtag weg!“ Vorgeschrieben werde auch, wo welcher Anteil an der Fangmenge abzufischen sei. Mitunter gehe die Fahrt bis nach Bornholm und darüber hinaus, was mit Zeitaufwand und hohem Treibstoffverbrauch verbunden sei.

Torsten Albig gab zu bedenken, dass die Fischerei auch eine emotionale Komponente in Schleswig-Holstein habe. Sie gehöre zur Natur und Qualität des Landes. Sie könne vormachen, wie man langfristig, durch Kompromisse und kluge Verfahren trotzdem ökonomisch ein Maximum herausholen könne. Er sieht die Rolle einer Landesregierung als Mediator zwischen EU und Fischern. Sie müsse erklären, warum Nachhaltigkeit exemplarisch gelebt werden müsse: weil sonst die Lebensgrundlagen nicht nur der Fischer, sondern Europas vernichtet würden. Sich über Vorgaben hinweg zu setzen, sei kurzfristiges Denken.



„Fischer ist ein harter Beruf, der einen fordert“, resümiert

Ulrike Rodust erläuterte, dass die EU mit den Natura 2000-Gebieten gefährdete Tierarten wie Schweinswale und

## FORTSETZUNG VON SEITE 4

Seevögel schützen wolle. Deutschland habe marine Standorte gemeldet, diese seien jedoch noch nicht beschlossen. Ob sie teilweise für Nutzung geöffnet würden, sei noch nicht klar. Lorenz Marquardt meinte, Deutschland sei ohnehin bei ausgewiesenen Naturschutzgebieten Vorreiter, und hier würde „gegen die Fischerei draufgesattelt“. Grundberührende Netze sollten verboten werden, aber alternative Fanggeräte „bringen nichts ein“. Ulrike Rodust entgegnete, Deutschland sei nicht an der Spitze der Bewegung, sondern ducke sich eher weg. Sie plädierte für eine Entwicklung neuer Fanggeräte aufgrund wissenschaftlicher Daten und Erkenntnisse. „Wir brauchen eine breite Meeresraumplanung, in der auch Aquakultur möglich ist, die ökologischen Kriterien und solche

des Tierschutzes berücksichtigt.“

Marquardt unterstützte das: „Aquakultur mit Augenmaß kann in Schleswig-Holstein als zweites Standbein der Fischer aufgebaut werden.“

Abschließend sprach Torsten Albig noch einmal das Thema Nord-Ostsee-Kanal

an: Die wichtigste Wasserstraße der Welt dürfe man nicht verrotten lassen. Nicht rechtzeitig zu investieren „beschädigt die Ökonomie“, denn es würde teurer; das sei keine nachhaltige



Politik. Er kritisierte, dass der Ausbau der Infrastruktur lange süddeutsch geprägt gewesen sei.

*Petra Bräutigam  
OV Eckernförde*

## FRAKTION VOR ORT — SCHULSOZIALARBEIT IN ECKERNFÖRDE



Am 7.11.2011 waren Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion im Eckernförder Rathaus, um sich über die Sozialarbeit in an den Eckernförder Schulen zu informieren. Von Eckernförder Seite waren der Bürgermeister Sibbel, Mitarbeiter der Verwaltung sowie Mitglieder der SPD-Ratsfraktion Eckernförde sowie die Sozialarbeiter- und Sozialarbeiterinnen der Stadt dabei.

In seiner Begrüßungs- und Eröffnungsrede ging Bürgermeister Sibbel insbesondere auf die Entstehung und Entwicklung der Sozialarbeit in Eckernförde ein. Aufgrund von aktuellen Problemlagen wurde unter Einbeziehung eines Pilotprojektes in Flensburg ein erstes Konzept erstellt. Dabei suchte man auch die Unterstützung der CAU Kiel. Die Maßnahmen zur Entwicklung der Schulsozialarbeit wur-

den im zuständigen Ausschuss durch den Vorsitzenden Rainer Bunte angesprochen.

In 2009 stand dann das Konzept. In Eckernförder Obhut sind insgesamt 9 Schulen mit 3.800 Schülern. Die Stadt Eckernförde hat dann 150.000 EUR für Personalkosten bereitgestellt. Es wurden dann 4 Sozialarbeiter-Innen mit 2 Vollzeit- und 2 Teilzeitstellen eingestellt. In der Sachausstattung haben alle SchulsozialpädagogInnen jeweils ein 1 Diensthandy, 1 Notebook und 1 UMTS-Stick erhalten. Ohne Fremdfinanzierung besteht dieses Projekt zunächst bis 2013. Aber schon jetzt ist erkennbar, dass dieses Projekt in Eckernförde eine langfristige und immerwährende Maßnahme zur Verbesserung der Situation an den Schulen sein muss.

Die anwesenden SozialpädagogInnen Annika Koch, Birte Stoffers, Christian Pfluger und Daniel Frank haben dann über ihre ersten Schritte an den Schulen und über ihre Arbeitsschwerpunkte der Schulsozialarbeit gesprochen. Für sie sind der Teamgedanke und der Austausch untereinander zur Stärkung der Qualität wichtig.

Die vier Eckpunkte der sozialpädagogischen Hilfen und Beratung sind: Bewältigung von Problemen und Konfliktsituationen in schul- und Lebensbereichen, Intervention in akuten Krisensituationen, Elternarbeit und präventive Angebote. In der täglichen Arbeit kommen Mobbingfälle sehr häufig vor. Es werden Freizeitangebote wie Spiele im Wald angeboten. Es ist ein Streitschlichterprogramm für Schüler aufgelegt worden. Es werden Konfliktlösungen unter Schülern z.B. durch Stand Up Training schulübergreifend an Verhaltensformen, wie der Ausgrenzung und des Mobbing durchgeführt. Daneben gehören noch zu den größeren Problemlagen Themen wie Drogen, Gewalt und Cliquesbildung.

Es wird auch mit den Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendhilfe eng zusammen gearbeitet.

Das Fazit der Beteiligten: Die Schulsozialarbeit hat sich in Eckernförde integriert und etabliert. Ein großer Punkt der Arbeit ist die Einzelfallhilfe. Als nächsten Schritt sollen Netzwerkstrukturen geschaffen werden.

*Manfred Tank, MdK  
Beisitzer im Kreisvorstand*

# SCHWARZ-GELB ISOLIERT UND BLAMIERT SCHLESWIG-HOLSTEIN



Während die SPD auch bundesweit zeigt, wie solide und sozial Regierungshandeln sein könnte, bieten uns leider die CDU-FDP Regierungen in Bund und Land das Gegenteil.

Auf dem Bundesparteitag hat die SPD eindringlich für ein verantwortungsvolles und solidarisches Handeln Deutschlands in Europa Stellung bezogen und uns

gegen das neokoloniale Gebaren von Merkel und Co gewendet. Die verantwortungslose Senkungspolitik werden wir beenden. Mit einem erhöhten Spitzensteuersatz, einer vernünftigen Erbschaftsteuer und Vermögensteuer und einer angehobenen Abgeltungssteuer werden wir das Steuersystem gerechter machen und Bund, Ländern und Kommunen wieder ermöglichen ihre sozialen, kulturellen und vor allem bildungspolitischen Aufgaben zu erfüllen, ohne sie gegen die notwendige Konsolidierung der Finanzen ausspielen zu müssen.

Dagegen sind die letzten Züge der CDU-FDP Regierung in Kiel nur schwer erträglich. Sie isolieren und blamieren Schleswig-Holstein zunehmend bundesweit, um Partikularinteressen gegen die Interessen der Mehrheit zu bedienen. Mit der Privatisierung von Glücksspiel inklusive Onlinepoker begünstigen sie nicht nur Spielsucht und Geldwäsche, sie spielen auch mit der Existenz von tausenden Lottoannahmestellen und die Einnahmen aus dem Lottoblock im Land.

Denn der Ausschluss Schleswig-Holsteins aus dem Lottoblock droht.

Auch mit ihrem Entwurf zum Denkmalschutzgesetz. Natürlich gibt es Auswüchse, die zu begrenzen sind, doch den wirtschaftlichen Belangen eine derartige wichtige Stellung einzuräumen, wie es die schwarzgelbe Koalition tun möchte, gefährdet das breite kulturelle Erbe in diesem Land. Hinzu kommt der Ministervorbehalt, der vorgibt, dass ein Minister mehr wüsste als die oberste Denkmalschutzbehörde – was für ein wilhelminisches Staatsverständnis. Dazu passt auch das Verhalten des Innenministers, der mit der Mogelpackung des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes massiv in die Haushaltskompetenz der kommunalen Vertretungen eingreifen will.

Doch nur noch fünf Monate, dann können wir zeigen wie solidarische, seriöse und zukunftsweisende Politik aussehen wird. Ich freue mich drauf!

*Ralf Stegner, MdB*

## AUSWEG AUS DER KRISE?



Kaum ein Tag des jetzt ablaufenden Jahres, an dem nicht die Eurokrise die Titelseiten unserer Zeitungen bestimmt hätte. Aber auf eine mutige, von wirtschaftspolitischem Sachverstand geprägte Reform, warten wir vergeblich. Dabei werden wir nur mit dem erklärten

gemeinsamen Willen, die Probleme gemeinschaftlich zu lösen, Europa aus der Krise führen können. Wir brauchen endlich entschlossenes Handeln und Solidarität für Europa statt Wankelmütigkeit und innenpolitischer Spielchen.

Die SPD-Abgeordneten beobachten mit Sorge die Unfähigkeit der Staats- und Regierungschefs, Europa und das Einigungswerk zusammenzuhalten. Seit Monaten ebnen Frau Merkel und Herr Sarkozy schleichend den Weg für ein gespaltenes Europa. Die im Vorfeld des Dezember-Gipfels in Brüssel veröffentlichten deutsch-französischen Vorschläge wurden als Neuerfindung verkauft, dabei ist das Sparregime erst kürzlich im Stabilitätspakt beschlossen worden, ohne dass dies die Fortsetzung der Spekulationen hätte verhindern können.

Europa befindet sich in einer institutionellen Krise und am Vorabend einer Rezession. Daher fordern die SPD-Europaabgeordneten weitgehende Reformen einzuleiten und verlangen eine Umorientierung in der derzeitigen wirt-

schaftspolitischen Steuerung und Regulierung des Finanzsektors. Europa muss innerhalb des gegenwärtigen EU-Vertrages dringend Maßnahmen ergreifen, um das Vertrauen der Bürger und der Finanzmärkte in den politischen Willen und die Leistungskraft der EU-Institution und Mitgliedstaaten wiederherzustellen.

Seit vielen Monaten arbeitet das Europäische Parlament an Lösungsvorschlägen und fordert die Regierungen auf, endlich zu handeln und diese umzusetzen: Finanzmärkte müssen europäisch reguliert und kontrolliert werden. Finanzprodukte müssen einer Transaktionssteuer unterzogen werden und die Verursacher der Krise müssen sich an den Krisenkosten beteiligen. Außerdem sollte dringend ein „Marshallplan“ für angeschlagene Volkswirtschaften aufgelegt werden und die Einführung von Eurobonds so schnell wie möglich umgesetzt werden. Das Europäische Parlament hat längst gehandelt und die Richtung gewiesen.

*Ulrike Rodust, MdB*

# NEUER LANDESVORSTAND BEI DER SPD-ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB) SCHLESWIG-HOLSTEIN

Auf der Landeskonferenz der AfB SH wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, wodurch sich eine deutliche Verjüngung ergab. Als neuer Landesvorsitzender wurde der Grund- und Hauptschullehrer **Ulf Daude** (38) aus Molfsee einstimmig gewählt. Der bisherige Vorsitzende Hajo Hoffman trat nach 13 Jahren nicht wieder zur Wahl an. Die AfB bedankt sich bei Hajo Hoffmann und den weiteren ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für die gute Arbeit und freut sich, dass sie uns auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

„Der Wechsel im Amt des Vorsitzenden ist aber weniger ein Umbruch, als ein Stabwechsel im Dauerlauf für eine gute Bildungspolitik. Wir werden an die bisherige Arbeit anknüpfen und uns weiterhin verlässlich für Gerechtigkeit im Bildungssystem einsetzen.“, so Ulf Daude, der im Landesvorstand inhaltlich für allgemeinbildende Schulen zuständig ist.

Weitere Mitglieder im Landesvorstand aus Rendsburg-Eckernförde sind **Sabine Devich-Henningsen** (frühkindliche Bildung) und **Thomas Lemm** (Schulsozialarbeit und offene Kinder- und Jugendarbeit).

Als Schwerpunkte will sich die AfB SH in den kommenden zwei Jahren um folgende Themen kümmern:



## **Bildung im Regierungsprogramm der SPD.**

Dazu gehört besonders ein gutes und lang bestehendes Schulgesetz mit Verlässlichkeit für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern auf den Weg zu bringen. Schnellschüsse und Aktionismus lehnen wir ab.

## **Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein.**

Wir wollen diese noch recht neue Schulform weiter fördern und zum Gelingen der „Einen Schule für Alle!“ beitragen. Neben verlässlichen Rahmenbedingungen wollen wir, dass die Gemeinschaftsschulen für ihren Auftrag auch entsprechend gut ausgestattet werden. Für alle anderen Schulformen müssen Anreize geschaffen werden, sich zur Gemeinschaftsschule weiter zu entwickeln.

## **Berufliche Bildung in den Fokus.**

Diese Schulen führen in der Öffentlichkeit zu Unrecht ein Schattendasein. Sie

sind eine starke Säule unseres Bildungssystems und müssen auch entsprechend behandelt und ausgestattet werden.

## **Flächendeckende Schulsozialarbeit.**

Das Thema ist in aller Munde, allerdings ist die Umsetzung sehr unterschiedlich, von vorbildlich bis gar nicht. Wir setzen uns für landesweit verbindliche Standards sowie die Bereitstellung und Verteilung der Mittel dazu ein.

## **Gute Lehrerinnen und Lehrer.**

Wir wollen endlich die Anpassung der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte an die neuen Schulstrukturen, dazu gehört auch eine sinnvolle Gestaltung der Umstellung auf das Bachelor-/Master-system. Studiengebühren lehnen wir in jeder Form ab.

## **Keine Sonntagsreden!**

Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass Bildung in den Haushalten im Bund, im Land und in den Kommunen an erste Stelle gesetzt wird, denn nur für warme Worte und Verständnis können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Verantwortlichen in den KiTas und Schulen, den Volkshochschulen und Büchereien, bei Kultur- und Sozialaktivitäten nichts umsetzen. Alle Bildungshürden müssen eingerissen werden für eine positive Zukunft unseres Landes!

## **Mitdenken und Mitreden.**

Wir wollen keine Closed-Shop-Veranstaltungen von Politikerinnen und Politikern oder Parteien, sondern alle Menschen sollen mitreden können. Wir werden aktiv auf die Menschen sowie ihre Vertretungen z.B. in den Gewerkschaften, Vertretungen und Verbänden zugehen. Dazu gehört für uns auch das Anbieten von öffentlichen Themenworkshops. Als Auftakt planen wir eine Reise durch alle Kreise in Schleswig-Holstein, um uns vorzustellen und dazu einzuladen. Vielleicht lassen sich ja auch interessierte Menschen mit und ohne Parteibuch der SPD zu Gründung weiterer AfBs in den Kreisen finden – Wir würden uns sehr freuen!

*Ulf Daude*

*Stellv. Kreisvorsitzender*

Nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 und dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei am 22. Juni 1933 formierte sich aus den Reihen von SPD und Freien Gewerkschaften im Reich und im Exil der politische Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur.

Widerstand leisteten neben prominenten Politikern und Gewerkschaftern in Illegalität und Exil auch und gerade kleine Gruppen und einzelne Personen, die aus humanitärer und politischer Überzeugung das NS-Regime ablehnten und bekämpften. An sie zu erinnern und die unterschiedlichen Formen von Verweigerung, Protest und Widerstand nachzuzeichnen, ist Aufgabe der Ausstellung „**Nein zu Hitler!**“

Die Eröffnung findet statt am Montag, 9. Januar 2012 um 18.00 Uhr

2.1.2012 – 27.1.2012 in Rendsburg

Ausstellung  
**Nein zu Hitler!**  
Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften  
in Verfolgung, Widerstand und Exil  
1933–1945

**Foyer Neues Rathaus**  
Am Gymnasium 4, 24768 Rendsburg

Öffnungszeiten  
Mo.–Mi, 8.00–17.00 Uhr, Do, 8.00–18.00 Uhr  
Fr, 8.00–13.00 Uhr

**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

# ENERGIEPOLITIK FÜR EIN STARKES LAND

# TERMINE



**Anfang 2011 beschäftigte sich der Kreisparteiausschuss mit dem Thema sozialer Ungleichheiten in Europa. Die Energiepolitik wurde als Mittel zur Bekämpfung identifiziert und eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Einen ersten Zwischenbericht legte diese auf dem außerordentlichen Kreisparteitag in Rendsburg vor.**

Die Energieversorgung ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wenn wir soziale Ungleichheiten bekämpfen wollen, müssen wir diese zunächst in Schleswig-Holstein sicherstellen und gleichzeitig als Aufgabe internationaler Zusammenarbeit begreifen.

Eine sozialdemokratische Energiepolitik wird Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander in Einklang bringen. Wir wollen dafür die Nutzung erneuerbarer Energien (Windenergie, Wasserkraft, Solarenergie) ausbauen. Dazu gehört auch Energieeffizienz zu verbessern und die Erforschung und Entwicklung von Energiespeichern zu fördern.

In Schleswig-Holstein muss das Ziel zunächst eine dezentrale Energieversorgung sein. Über eigene Stadt- und Gemeindewerke stärkt sie die Demokratie und kommunale Verantwortung. Programme zur energetischen Gebäudesanierung müssen fortgesetzt werden. Die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in Biogasanlagen darf nicht zu Monokulturen, Belastung des Grundwassers und Rückgang der Artenvielfalt führen.

Neue Biogasanlagen müssen zur größtmöglichen Verwertung von Reststoffen genutzt werden; sie werden nur noch genehmigt, wenn sie ein Wärme-Konzept nachweisen. Spätestens 2020 wollen wir in Schleswig-Holstein einen Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung über dezentrale Blockheizkraftwerke von 30 Prozent des verbrauchten Stroms erreicht haben.

Darüber hinaus gibt es aber auch eine internationale Dimension der Energiepolitik. Bereits im Jahr 2006 kamen 50 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein aus Windenergie. Im Jahr 2020 wollen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien produzieren, als wir im Land selbst verbrauchen. Dafür wollen wir auch den Aufbau des Offshore-Bereichs voranbringen.

Lasst uns ein klares Ja zu den erneuerbaren mit einem klaren Nein zu Kohle und Atom verbinden. Das meint auch ein Nein zur CCS-Technologie. Es ist sinnvoller auf die Produktion von CO<sub>2</sub> zu verzichten, als es teuer abzuscheiden und dann aufwendig und risikoreich zu lagern.

Beim Ausbau der Netze sind Planungskompetenzen an den Bund abzutreten, um ein bundesweites Gesamtkonzept und zügiges Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. An dem transparenten Planungsverfahren, das eine Strategische Umweltprüfung (SUP) beinhalten muss, sind Bürgerinnen und Bürger von Beginn an einzubinden. Zusammen mit anderen Bundesländern werden wir den Masterplan „Smart Grid“ aufstellen, um bis 2030 ein funktionierendes intelligentes Stromnetz in Deutschland aufzubauen. Außerdem ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu suchen. Besondere Priorität hat für Schleswig-Holstein dabei der Ostseeraum. EU-Förderprogramme müssen konsequent auf die Zielrichtung „Energieversorgung ohne Atomstrom“ ausgerichtet und gebündelt genutzt werden.

Es geht darum Energieversorgung zu sichern und Ungleichheiten zu bekämpfen. Das ist eine sozialdemokratische europäische Energiepolitik.

*Götz Borchert  
Schriftführer*

## Januar

Montag, 9. Januar, 18.00 Uhr  
Rendsburg, Foyer Neues Rathaus  
Eröffnung der Ausstellung  
„Nein zu Hitler“



Mittwoch, 11. Januar, 19.00 Uhr  
Eckernförde, Ottestraße 5  
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes



Mittwoch, 11. Januar, 19.30 Uhr  
Schacht-Audorf, „Audorfer Hof“  
„Unsere Zukunft am NOK“  
Mit Florian Pronold, MdB und  
Dr. Ralf Stegner, MdL



Donnerstag, 12. Januar, 19.00 Uhr  
Eckernförde, Siegfried-Werft  
OV-Runde im WK 9 (Eckernförde)



Sonntag, 15. Januar  
Bestellfristende für Wahlkampfmaterialien



Montag, 23. Januar, 19.00 Uhr  
Eckernförde, Stadthallenrestaurant  
OV-Konferenz des SPD-Kreisverbandes  
zur Landtagswahl



Sonnabend, 28. Januar, 10.00 Uhr  
Büdelsdorf, Regionales Bürgerzentrum  
Jahresempfang des SPD-Kreisverbandes  
und der SPD-Kreistagsfraktion mit  
Torsten Albig

## Februar

Mittwoch, 1. Februar, 19.00 Uhr  
N.N.  
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes mit  
dem Kreisparteiausschuss und den  
Landesparteitagsdelegierten



Freitag, 3. Februar und  
Sonnabend, 4. Februar  
Lübeck, MuK  
Landesparteitag und Landeswahlkonferenz  
der SPD Schleswig-Holstein



Sonnabend, 11. Februar  
N.N.  
Veranstaltung mit Torsten Albig im  
Dänischen Wohld



Donnerstag, 23. Februar, 19.00 Uhr  
N.N.  
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes

## März

Donnerstag, 15. März, 19.00 Uhr  
N.N.  
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes